

keit und überließen diese bedeutungsvollen Fragen dem Selbstlauf. Dadurch entstanden Normen, die zu den Interessen der Bevölkerung, zur Erhöhung des Lebensstandards im Widerspruch stehen. Bei diesen Normen ist es möglich, ohne entsprechende Leistungen zu erzielen, Normenerfüllungen von 150 bis 200 % zu erreichen.

Die Aufstellung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen wurde auch durch den § 8 der vom Ministerium für Arbeit erlassenen Richtlinien zur Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen gehemmt. Diese Bestimmung führte dazu, daß bei Erhöhung grundsätzlich falscher Normen ein Lohnausgleich gezahlt wurde. Das widerspricht dem Leistungsprinzip und muß korrigiert werden.

Ein großer Teil der Arbeiterschaft hat erkannt, daß die gegenwärtigen Normen größtenteils den Fortschritt hemmen.

In vielen Betrieben sind deshalb die Arbeiter dazu übergegangen, ihre Arbeitsnormen freiwillig zu erhöhen. Ausgehend von dem Beispiel, das der Brigadier Otto Ehring vom Otto-Brosowski-Schacht des Mansfeld-Kombinates „Wilhelm Pieck“ durch seine patriotische Tat gegeben hat, haben die Arbeiter eine breite Bewegung zur freiwilligen Normenerhöhung entfaltet.

Darüber hinaus forderten viele Arbeiter von der Regierung, Maßnahmen für eine generelle Überprüfung und Erhöhung der Arbeitsnormen zu treffen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt die Initiative der Arbeiter zur Erhöhung der Arbeitsnormen. Sie dankt allen Arbeitern, die ihre Normen erhöht haben, für ihre große patriotische Tat. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik kommt gleichzeitig dem Wunsche der Arbeiter, die Normen generell zu überprüfen und zu erhöhen, nach.

Diese generelle Erhöhung der Arbeitsnormen ist ein wichtiger Schritt zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält dazu für erforderlich, daß die Minister, Staatssekretäre sowie Werkleiter alle erforderlichen Maßnahmen zur Überprüfung der Arbeitsnormen durchführen. Das Ziel dieser Maßnahmen ist, die Arbeitsnormen mit den Erfordernissen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Senkung der Selbstkosten in Übereinstimmung zu bringen und zunächst eine Erhöhung der für die Produktion entscheidenden Arbeitsnormen im Durchschnitt um mindestens 10 % bis zum 30. Juni 1953 sicherzustellen.

Die Anwendung einer fortschrittlichen Technik, die volle Auslastung der vorhandenen Kapazitäten, die obligatorische Einführung neuer Arbeitsnormen, die konsequente Durchsetzung des Prinzips der Entlohnung nach Leistung sowie die ständige Erhöhung der Qualifikation der Arbeiter erfordert eine grundlegende Verbesserung der Arbeitsorganisation und eine verantwortliche und rationelle Betriebsführung. Nur auf diesem Wege ist es — so lehren es uns die Erfahrungen der Sowjetunion — möglich, die für die maximale Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen notwendige Entwicklung der Arbeitsproduktivität zu erreichen.

Als am Abend des 16. Juni 1953 die Proteste der aufgebrachten Arbeiter immer gewaltiger wurden, schlug das Politbüro des ZK der SED vor, die von den einzelnen Ministerien angeordnete obligatorische Erhöhung der Arbeitsnormen aufzuheben.

Erklärung des Politbüros des ZK der SED zur Normenfrage.

„Anlässlich von Anfragen der Arbeiter einer Reihe von Betrieben und Baustellen zur Frage der Erhöhung der Arbeitsnormen hält es das Politbüro des ZK der SED für erforderlich zu erklären:

1. Der Aufbau eines neuen Lebens und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter sowie der gesamten Bevölkerung sind einzig und allein auf der Grundlage der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Steigerung der Produktion möglich. Nur die Verwirklichung der alten Losung unserer Partei „Mehr produzieren — besser leben“ hat zur Wiederherstellung und zur schnellen Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR nach dem Kriege geführt. Dieser Weg war und bleibt der einzig richtige.

Deshalb ist das Politbüro der Auffassung, daß die Initiative der fortgeschrittensten Arbeiter, die freiwillig zur Erhöhung der Arbeitsnormen übergegangen sind, ein wichtiger Schritt auf dem Wege zum Aufbau eines neuen Lebens ist, der dem ganzen Volk den Ausweg aus den bestehenden Schwierigkeiten weist.

Das Politbüro ist dabei der Meinung, daß eine der wichtigsten Aufgaben der Betriebsleiter, der Partei- und Gewerkschaftsorganisation darin besteht, Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsorganisation und der Produktion zu ergreifen, damit in der nächsten Zeit der Lohn der Arbeiter, die ihre Normen erhöht haben, gesteigert werden kann.

2. Das Politbüro hält es zugleich für völlig falsch, die Erhöhung der Arbeitsnormen in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft um 10 Prozent auf administrativem Wege durchzuführen.

Die Erhöhung der Arbeitsnormen darf und kann nicht mit administrativen Methoden durchgeführt werden, sondern einzig und allein auf der Grundlage der Überzeugung und der Freiwilligkeit.

3. Es wird vorgeschlagen, die von den einzelnen Ministerien angeordnete obligatorische Erhöhung der Arbeitsnormen als unrichtig aufzuheben. Der Beschluß der Regierung vom 28. Mai 1953 ist gemeinsam mit den Gewerkschaften zu überprüfen.

Das Politbüro fordert die Arbeiter auf, sich um die Partei und um die Regierung zusammenzuschließen und die feindlichen Provokateure zu entlarven, welche versuchen, Unstimmigkeiten und Verwirrung in die Reihen der Arbeiterklasse hineinzutragen.“

Berlin, den 16. Juni 1953.

Quelle: „Neues Deutschland“ vom 17. Juni 1953.

Ohne formelle Aufhebung des Beschlusses vom 28. Mai 1953 erging darauf die Anordnung, daß die Arbeitsnormen auf den Stand vom 1. April 1953 zurückzuführen wären.

DOKUMENT 283

Mitteilung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten. Berlin (ADN). Das Presseamt beim Ministerpräsidenten teilt mit:

Am 25. Juni 1953 hat der Ministerrat folgenden Beschluß über die Lohnberechnung gefaßt:

„Den Lohnberechnungen in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben sind ab 1. Juni 1953 an Stelle der seit dem 1. April 1953 erhöhten Arbeitsnormen die